

Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?

1 Einleitung

Manchmal genügt ein einziger Satz, um eine existierende Gedankenwelt einzustürzen oder zumindest deutlich in Frage zu stellen.

Martin Luther King's „I have a dream“ gehört ebenso zu dieser Kategorie wie „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!“, einer der Schlusssätze des Kommunistischen Manifests.

Weniger appellativ und programmatisch, aber dennoch genauso bahnbrechend erschien mir immer jene Feststellung des französischen Frühsozialisten Charles Fourier, wie sie auch von Friedrich Engels zitiert wurde, „dass in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist“.¹

Dabei verbindet „Emanzipation“ von der wörtlichen Bedeutung sowohl die Elemente „Freiheit“ wie „Gleichheit“ miteinander².

Was läge also näher, Fouriers implizierte Forderung nach einer Analyse der Situation von Frauen eilends nachzukommen und, die Preisfrage im Gedächtnis, nochmals die Bedingungen für soziale Gleichheit und politische Freiheit aller zu formulieren?

2 Begriffsklärung

Ausgangspunkt dieser Analyse muss aber dennoch erst einmal die Klärung oder Klarmachung der Begriffe „Soziale Gleichheit“ und „Politische Freiheit“ sein.

Beide sind nicht einfach zu fassen. Je nach politischem oder weltanschaulichem Hintergrund werden nicht nur diese Begriffe definiert, sondern auch behauptet, die damit verbundenen gesellschaftliche Situation sei bereits erreicht oder eben nicht und die Schritte, die zur Verwirklichung oder Beibehaltung vorgeschlagen werden, unterscheiden sich ebenso diametral.

Um ein Beispiel anzuführen, Vertreter einer neoliberalen Politik würden sagen, soziale Gleichheit und politische Freiheit könnten nur auf Basis wirtschaftlicher Freiheit und dem Abbau bürokratischer Hürden gedeihen, während traditionelle SozialdemokratInnen oder SozialistInnen zur Durchsetzung des Postulats

¹ In: Friedrich Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, MEW, S. 197, siehe dazu auch die entsprechende Anmerkung

² 1. Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit, Verselbständigung;

2. rechtliche und gesellschaftlich Gleichstellung [der Frau mit dem Mann], Duden, Das Fremdwörterbuch, Mannheim/Wien/Zürich, 1982, S. 213

von sozialer Gleichheit und politischer Freiheit Reregulierung und im Bedarfsfall staatliche Intervention begrüßen würden.

Insofern können die Antworten auf die gestellte Frage niemals neutral, sondern werden immer parteiisch sein. In Verbindung damit ist nicht nur die allgemeine sozioökonomischen und kulturelle Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte zu berücksichtigen, sondern auch der individuelle Hintergrund der Fragenden wie der Antwortenden. Ich unterstelle, dass sicherlich ein „Ossi“ eine andere Sichtweise hat als ein „Wessi“, eine Frau als ein Mann, ein Teenager als ein Senior, eine 630-Marks-Kraft als ein Manager.

Wie sehr der jeweilige individuelle soziale und kulturelle Hintergrund eine Rolle spielt, macht ein Beispiel aus der Diskussion der internationalen Frauenbewegung deutlich. In einem Artikel über die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 behauptet die Autorin, dass es eine Bäuerin in Nigeria nicht kümmere, ob die WASP-Frau in Massachusetts zur Erleichterung ihrer häuslichen Reproduktionsarbeit eine Spülmaschine zur Verfügung habe oder nicht, wenn sie selbst täglich zweimal 5km zu Fuß zum nächsten Wasserloch zurückzulegen habe – und umgekehrt.³

Soziale Gleichheit bedeutet für mich nicht nur die Abwesenheit von relativer oder absoluter Armut⁴ in einer bestimmten Gesellschaft, nicht nur die Möglichkeit, ungeachtet des persönlichen sozialen Hintergrunds alle Chancen zu haben, sondern auch, dass bestehende soziale Ungleichheiten regelmässig korrigiert werden, dass zum einen Benachteiligte eine gezielte Förderung erfahren, dass zum anderen Privilegierte in ihren Vorrechten beschnitten werden.

Politische Freiheit umfasst von der Gewissensfreiheit bis hin zur Koalitionsfreiheit all jene immer wieder formulierten und postulierten Grundrechte, die gleichzeitig durch ihre Ausübung die Partizipation an Entscheidungsprozessen ermöglichen, von dem Recht zu sagen, was ist, bis dahin, unbeschadet für alternative Gesellschaftsentwürfe streben und agieren zu dürfen.

Beide Postulate sind in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht einmal ansatzweise verwirklicht, wiewohl vielfach der Eindruck vermittelt wird, das Gegenteil sei der Fall.

Bei genauerer Betrachtung ist jedoch auch klar, dass in einem kapitalistischen System die Beschränkung von Freiheits- und Gleichheitsrechten, die die Interessen der Herrschenden in Frage zu stellen geeignet sind, nur zwangsläufig ist.

Eine Wirtschaftsweise, die auf Ausbeutung einerseits und Gewinnmaximierung andererseits orientiert, ungeachtet aller Konsequenzen für die Individuen, bis hin zum Krieg, kann schwerlich Partizipationsbestrebungen tolerieren, die den Profit schmälern und potentiell nach Umverteilung verlangen.

Demzufolge stellt sich als Kristallisationspunkt jeder Debatte, wie denn soziale Gleichheit und politische Freiheit zu verwirklichen wären, schlussendlich auch immer die Systemfrage; zum einen im Hinblick auf das Verhältnis beider Postulate zueinander, inwieweit das Umverteilungsmodell mit einem verstärkten Maß an Partizipation zusammengebracht werden kann, ohne dass erneut Abstriche an dem einen wie dem andern gemacht werden müssen.

³ Kann den Artikel nicht mehr finden, zitiere deswegen sinngemäß ohne Quellenangabe

⁴ Vgl. Richard Hauser, Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse?, in: Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hg.), Deutschland im Wandel, Opladen, 1999.

Hinzuzufügen allerdings sei diesmal auch die reale Verbesserung der Lebenssituation der Frauen, deren Interessen viel zu oft, auch in revolutionären und linken Bewegungen, hintan gestellt wurden, und deren Interessen gerade wieder einmal auf der aktuellen politischen Agenda nur unter „ferner liefen“ auftauchen.

Mit der Wiedervereinigung wurde das politische und wirtschaftliche System der alten Bundesrepublik auch auf die fünf neuen Bundesländer ausgedehnt.

Dieser Systemwechsel versprach mehr politische Freiheit und ein mehr an sozialen und ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten. 10 Jahre nach dem Beitritt zur FDGO stellen sich jedoch auch für die BürgerInnen der ehemaligen DDR einige Fragen neu. Nicht für alle, aber für viele brachte der wirtschaftliche Zusammenbruch einen Rückschritt mit sich. Durch die strukturell bedingte Massenarbeitslosigkeit kam es nicht zu einer Annäherung der Lebensverhältnisse, sondern vielfach zum sozialen Aus und zur Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen; die Segnungen der Demokratie waren langfristig nicht so überzeugend, wie sinkende Wahlbeteiligungen zeigen. Vorher nicht offen zutage getretene Entwicklungen wie Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeit nahmen in Ost wie West zu.

Massenarbeitslosigkeit führte aber auch bei vielen Westdeutschen zum Weg in die Sozialhilfe, auch hier wurden Zweifel an Partizipationsmöglichkeiten deutlich.

Offensichtlich standen also den individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der breiten Masse soziale und politische Barrieren gegenüber, die regional übergreifend feststellbar waren.

In der Tat sind auch diese Schranken systemimmanent. Unter dem grundsätzlichen Verzicht auf soziale Grundrechte beschreibt das Grundgesetz zwar zahlreiche verfassungsrechtliche Grundfreiheiten, stellt aber den Schutz des Eigentums auf die selbe Stufe.

Die Grundrechte auf politische Partizipation scheinen gewährleistet, doch kommt es aktuell kaum noch zu einer öffentlichen Debatte, wenn zunehmend mehr BürgerInnen ihre Rechte nicht mehr wahrnehmen, sei es aus individueller Lustlosigkeit, Desinteresse oder aber weil sie immer häufiger feststellen, dass sie oft als Stimmvieh missbraucht wurden und dass die politische Klasse, entfremdet von der realen Lebenssituation der breiten Bevölkerung, sich primär an den Interessen der Wirtschaft und der Verbandslobbyisten orientiert.

Insofern sind den individuellen Grund- und Freiheitsrechten nicht nur die juristisch anerkannten Grenzen gesetzt, da die Gewährung des Rechtes für den/die eine/n keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte des/der anderen nach sich ziehen darf, sondern auch die Schranken, die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise mit dem Ziel der Profitmaximierung und der Überhöhung des Eigentums auf der einen und massiven sozialen Verwerfungen als Folge von „Fortschritt“, Strukturwandel und Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen auf der anderen Seite mit sich bringt.

All diese Prozesse, die als Ausgangs- und Endpunkt gleichermaßen haben, dass soziale Gleichheit und politische Freiheit nicht nur einzeln für sich als Postulate kaum umgesetzt sind, sondern auch in der notwendigen Verbindung miteinander nicht, treffen Frauen ebenso wie Männer, aber dennoch ungleich härter.

3 Die Lebenssituation von Frauen

Die Nennung einiger weniger Zahlen, Daten und Fakten mag ausreichend sein, um in Erinnerung zu rufen, dass die anhaltende Benachteiligung von Frauen nicht nur ein feministisches Hirngespinnst, sondern andauernde Lebensrealität für mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist:

Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit von Frauen in allen europäischen Ländern 5 erheblich höher als die der Männer.

Wird die offizielle ILO-Definition von Arbeitslosigkeit zugrunde gelegt, so zeigt sich, dass die Frauenarbeitslosigkeit Ende 1999 1,7% Prozentpunkte über dem gemeinsamen Durchschnitt (Männer und Frauen zusammen) lag, aber 2,9% über der der Männer; die Arbeitslosigkeit von Frauen unter 25 Jahren spiegelt ein ähnliches Bild wieder, hier liegt die der jungen Frauen 1,5% über dem Durchschnitt und beträgt 2,9% mehr als die der jungen Männer, und auch die der über fünfundzwanzigjährigen Frauen bewegt sich mit 1,6% bzw. 2,8% im selben Rahmen.

Gerade die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit bei jungen Frauen ebenso hoch ist wie bei älteren, deutet darauf hin, dass die Benachteiligung sich auch zukünftig fortsetzen wird, wenn nicht schnell und effektiv gegengesteuert wird.

Die Teilzeitquote der Frauen (= Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen beschäftigten Frauen) liegt in allen europäischen Ländern deutlich über dem Anteil der Männer und beträgt in der BRD etwa 34 Prozent und liegt damit auch hier signifikant über dem entsprechenden Wert für die Männer (Teilzeitquote der Männer: 3,6 Prozent).

Europaweit sind Frauen zudem vor allem in den Dienstleistungsberufen beschäftigt. Ein Blick auf die Schlüsselindikatoren für die Beschäftigung in der Europäischen Union (EU15) macht dies deutlich. Der Anteil der Frauen, die im Dienstleistungssektor beschäftigt sind, bewegt sich in einem Bereich von etwa 65 bis 70 Prozent (z.B. Portugal, Italien) bis hin zu Spitzenwerten von etwa 88 Prozent (z.B. Niederlande, Schweden). In der BRD liegt der Anteil bei etwa 77 Prozent.

Demzufolge vergleichsweise niedrig ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Industrie: er beträgt in der Bundesrepublik nur etwa 20 Prozent. Die übrigen Frauen arbeiten in der Landwirtschaft, wobei generell der Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich abnimmt.

Die Frauenbeschäftigung im Dienstleistungssektor hingegen nahm zu, wobei sich die Zunahme vor allem in den Bereichen der Dienstleistungen für Unternehmen, bei den persönlichen Dienstleistungen und im Gesundheitswesen vollzog. Gerade im Gastgewerbe, im Gesundheits- und Sozialwesen und vor allem im Erziehungs- und Unterrichtsbereich entstanden neue Arbeitsplätze, in großem Ausmaß jedoch als sog. „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“.

Die besten „Beschäftigungschancen“ für Frauen entstanden dort, wo sich die Dienstleistungen einerseits auf Eigenschaften und Fähigkeiten begründeten, die insbesondere Frauen zugeschrieben werden (Helfen, Dienen, Erziehen, Zuarbeiten), andererseits auf Tätigkeiten, die als Funktionen aus der Familie ausgegliedert wurden und beruflich organisiert werden (Kindergärtnerin, Erzieherin, Kranken- und Altenpflege).

Zudem wird durch die hohe Teilzeitarbeitsquote im Dienstleistungssektor auch die traditionelle Rollenverteilung widerspiegelt. Der Hauptanteil der privaten Reproduktionsarbeit wird nahezu unverändert von den Frauen geleistet.

Dass vor allem der von Frauen dominierte Dienstleistungssektor als Einfallstor für Niedriglöhne angedacht ist, bleibt oft unberücksichtigt, begründet sich aber auch darin, daß das Recht der Frau auf eigenständige, existenzsichernde Erwerbsarbeit noch längst nicht ausreichend akzeptiert ist und die gegenwärtigen Frauenlöhne häufig eine eigenständige Lebensführung nicht ermöglichen. Zwar eröffnete sich für Frauen

⁵ EU15, Quelle Eurostat

zunächst durch qualifiziertere Bildung und Ausbildung verstärkt der Zugang zur Erwerbsarbeit. Die Übernahme familiärer Aufgaben durch den Sozialstaat und deren Entwicklung zu professionalisierten Frauenerwerbstätigkeiten schien es den Frauen lange Zeit zu erleichtern, aus der ökonomischen Abhängigkeit von Männern zu entfliehen und die traditionelle Rollenverteilung zum Teil aufzubrechen. Doch durch die niedrigen Frauenlöhne und die Tendenz, diese wieder abzusenken, kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Partizipation der Frauen an der Erwerbsarbeit allein noch kein Garant für gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung ist. Im „Hochlohnland“ BRD, in dem von „working poor“ selten die Rede ist, bezieht eine große Zahl von Frauen trotz Vollzeitarbeit nur einen Armutslohn; dies verschärft sich für teilzeitarbeitende Frauen. Dabei ist ein Teilzeiteinkommen in aller Regel nicht zum eigenständigen Lebensunterhalt ausreichend und zudem nicht geeignet, ausreichende Sozialversicherungsansprüche aufzubauen.

Die ebenfalls andauernde Gewalt gegen Frauen bis hin zum sexuellen Missbrauch wird noch viel zu oft als Tabuthema behandelt.

Zudem zieht sich die Benachteiligung von Frauen wie ein roter Faden durch alle Gesellschaftsschichten, unabhängig vom individuellen Bildungsstand, Alter und den persönlichen Eigentumsverhältnissen.

Zahlreiche, konservative wie progressive Gesellschaftswissenschaftler/innen, Politiker/innen wie auch Betroffene haben dies immer wieder analysiert.

Einige der Analysen, von Engels, Bebel oder Clara Zetkin im letzten Jahrhundert, ob von Simone de Beauvoir, Alice Schwarzer oder von feministischen Gruppen der autonomen Frauenbewegung, erreichten auch immer die politische Mobilisierung wenigstens vorübergehend zu versuchen, dieser Benachteiligung eigene Gesellschaftsentwürfe entgegenzusetzen.

Doch folgten auf anfängliche Teilerfolge auch immer wieder Rückschritte und Einbrüche.

Mit am dramatischsten in diesem Jahrhundert waren sicherlich die erfolgreichen Bestrebungen der Nationalsozialisten, Frauen als Gebärmaschinen an den Herd und später als industrielle Reservearmee als „Ersatz“ für die an der Front stehenden Männer in die Rüstungsproduktion zu zwingen.⁶

Doch auch die geistig-moralische Wende nach dem Ende der sozialliberalen Koalition machte bisher Erreichtes zunichte.

Der Zusammenbruch der DDR hat Teilerfolge der Emanzipation und Gleichberechtigung zerstört, in dem Arbeits- und Lebensmöglichkeiten für Männer wie Frauen gleichermaßen wegtransformiert wurden.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist zwar noch lange nicht erreicht, doch immerhin hat der Systemwandel bereits die Bewusstseinsstrukturen erreicht. Unterschiede in den Einstellungen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Frauen sind zwar immer noch offensichtlich, doch sinkt die Erwerbsneigung der Ostdeutschen – weil dies die realistischere Perspektive ist?

Doch war auch in der ehemaligen DDR, für Frauen nicht alles Gold was glänzte, auch wenn, wie Christiane Ochs⁷ einst in einem vielbeachteten Artikel argumentierte, andererseits nicht alle frauenpolitischen Errungenschaften in den Gully der Wiedervereinigung gehört hätten, sondern durchaus positive Impulse zur Feminisierung der gesamtdeutschen Arbeitswelt hätten entwickeln können.

⁶ vgl. "Der alltägliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich", Dietz, Berlin-Bonn, 1982

⁷ WSI-Mitteilungen 5/1990, S. 289 "Nicht alles, was die Partei der Frau zusammenbraute, gehört gleich in den Gully der Wiedervereinigung - Frauen in der DDR"

3.1 FRAUEN IN DER DDR

Durch die fundierte und detailgenaue Analyse von Christiane Ochs wird deutlich, dass vor allem im Bereich der formalen und der beruflichen Gleichstellung in der ehemaligen DDR für Frauen vieles erreicht wurde, was zudem weit über dem westdeutschen Standard lag.

Die Verwirklichung des Rechts auf Erwerbsarbeit, die Verbesserung der Bildungschancen für Frauen und ein umfassendes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen sind die wesentlichen Punkte; zudem war durch eine entsprechende berufliche Orientierung versucht worden, auch ehemals typische Männerberufe für Frauen zu öffnen, vor allem im technischen Bereich.

Doch vor allem bei der Zuweisung der Verantwortung für Familienarbeit blieb auch in der DDR vieles beim Alten; die Zuständigkeit für den Bereich der Reproduktionsarbeit lag auch hier vornehmlich bei den Frauen.

Auch die Chancen für qualifizierte Frauen, Karriere zu machen, müssen als eingeschränkt betrachtet werden.

Mit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten und dem daraus resultierenden Zusammenbruch des wirtschaftlichen Systems der DDR kam es für Männer wie Frauen in Ostdeutschland zu einer deutlichen Zäsur, die meist darin gipfelte, dass der "Weg in die Freiheit" auch direkt in die Arbeitslosigkeit führte.

An den heutigen Zahlen gemessen, war es dann insbesondere für ältere ArbeitnehmerInnen sowie für BerufseinsteigerInnen besonders schwer, (wieder) einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden. Hierbei war der Anteil der arbeitslosen Frauen in allen Altersklassen überdurchschnittlich hoch und ist es bis heute. Da bei den ostdeutschen Frauen nach wie vor jedoch eine deutlich höhere Erwerbsneigung festzustellen ist, war für sie der Umbruch nicht nur besonders drastisch, sondern bis heute lässt sich keine Zukunftsperspektive erkennen.

In der Nach-Wende-Zeit war es noch zahlreichen Gruppen und Verbänden⁸ gelungen, die Belange der Frauen auch in der Öffentlichkeit zu thematisieren; angesichts der inzwischen bereits seit zehn Jahren bestehenden, scheinbar ausweglosen Situation geht jedoch das öffentliche Interesse an der Arbeitslosigkeit aller wie an der der Frauen speziell immer mehr zurück.

3.2 SYSTEMÜBERGREIFENDE BENACHTEILIGUNG

Die oben erwähnten Daten lassen - und ich wähle hier bewusst eine aktuelle Herangehensweise, die zunächst auf aktuellen Zahlen basiert - den Schluss zu, dass - bezogen auf die Wirtschaftsweise - systemübergreifend zusätzliche Mechanismen existieren und greifen, die die strukturelle (und im übrigen internationale) Benachteiligung von Frauen zur Folge haben.

Vielfach wurde in der Vergangenheit damit argumentiert, dass es Frauen in vielen Lebensbereichen gelungen sei, aufzuholen oder gar, wie bei schulischen Leistungen nachweisbar, Männer zu überholen. Mit dem aktuellen EuGH-Urteil sei gar die letzte Männerbastion, das Militär, gefallen.

Doch beispielsweise⁹ ein Blick auf die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zeigt: nicht nur sind die (knappen) Lehrstellen zwischen dem Geschlechtern ungleich verteilt, nach wie vor existiert auch eine

⁸ besonders hervorzuheben ist hier der Unabhängige Frauenverband und die Schriften von Ina Merkel

⁹ Berufsbildungsbericht 2000, Bundestagsdrucksache 14/3244

geschlechtsspezifische Berufswahl, mit den entsprechend besseren oder schlechteren Zukunftsperspektiven.

Bei der Verteilung von jungen Frauen und Männern auf Studienplätze - und -fächer gestaltet sich die Situation nicht so dramatisch, aber vom Prinzip mit ähnlicher Tendenz, und im Bereich der politischen Partizipation konnten zwar Erfolge (im 14. Deutschen Bundestag sitzen mehr Frauen als jemals zuvor) erzielt werden, aber immer noch keine Gleichverteilung der Mandate zwischen Männern und Frauen erreicht werden.

Jenes in allen gesellschaftlichen Bereichen, Schichten, Altersgruppen dominierende und alles überlagernde Phänomen, welches bis heute und auch heute wieder Frauen von der gleichberechtigten Teilhabe ausschließt und Männer strukturell bevorzugt, wird gemeinhin Patriarchat¹⁰ genannt.

Ohne mich auf semantische Spitzfindigkeiten einlassen zu wollen: dass es existiert, wird wohl niemand ernsthaft leugnen wollen.

4 Thesen

Dies führt mich zu meiner ersten These:

Soziale Gleichheit und politische Freiheit sind für Frauen besonders eingeschränkt, sie sind überdurchschnittlich von der Teilhabe ausgeschlossen.

Oder, im Fourier'schen Sinne umgekehrt, wenn die Emanzipation (Gleichheit und Freiheit) für Frauen nicht erreicht ist, dann ist sie auch insgesamt nicht erreicht.

Daran schließt sich für mich logischerweise eine zweite These an:

Wenn soziale Gleichheit und politische Freiheit nur als verwirklicht gelten mögen, wenn alle – Männer wie Frauen – daran gleichermaßen teilhaben können, muss zunächst der Benachteiligung von Frauen ein Ende gemacht werden.

5 Grundsätzliche Gegenentwürfe

Seit der Aufklärung haben immer wieder Frauen für die Verbesserung der Situation von Frauen gekämpft. Mit einer Auswahl der prominentesten¹¹ von ihnen, von denen jede für einen linken Gegenentwurf steht, soll ihr persönlicher Werdegang und ihre Kernaussagen vorgestellt werden; vieles von dem, was sie analysierten, ist heute ungebrochen aktuell.

5.1 OLYMPE DE GOUGES - VORKÄMPFERIN FÜR POLITISCHE PARTIZIPATION

Marie Aubry, geborene Gouze und bekannt geworden unter dem Pseudonym Olympe de Gouges wurde 1748 oder 1755 in Montauban geboren und stammte aus ungeklärten und wahrscheinlich unbedeutenden Familienverhältnissen. Sie war wahrscheinlich mit einem Handwerker verheiratet und ist jung verwitwet,

¹⁰ Gesellschaftsform, in der der Mann eine bevorzugte Stellung in Staat und Familie innehat und in der die männliche Linie bei Erbfolge und sozialer Stellung ausschlaggebend ist, Duden, a.a.O., S. 572;

¹¹ die Vorstellungen basieren auf verschiedenen eigenen Artikeln, die fast alle in der "spw" veröffentlicht wurden

hatte einen Sohn. Sie kam mittellos und ungebildet, d.h. sie konnte nicht schreiben, lernte es dann aber - nach Paris. Mit 30, also um 1785, wollte sie Schriftstellerin werden.

Ihre Werke waren anfangs Theaterstücke und Romane, nach Ausbruch der Revolution hauptsächlich politisch-kritische Schriften.

Ihr Politisches Testament verfasste sie angesichts des Todes und die "Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin" von 1791. Diese Schrift ist eigentlich fünfteilig. Der erste Teil richtet sich an die Königin, der zweite (konstatiert Rechte) an den Mann, der dritte, die Erklärung der Rechte, stellt einen Antrag an die Nationalversammlung dar, es folgt ein Nachwort und der Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zwischen Mann und Frau.

1793 äußert sie sich gegen Robespierres Blutherrschaft und gegen die Todesstrafe. Am 20.07. wird sie verhaftet, ihr wird kurzer Prozeß gemacht und am 4.11.1793 wurde sie auf der Guillotine hingerichtet.

Zum Zeitpunkt ihres Todes war sie zwischen 45 und 48 Jahre alt.

Der von ihr gegründete Frauenclub wird verboten und aufgelöst, ihre Werke geraten in Vergessenheit. Erst 1973 erscheint erstmals eine deutsche Übersetzung der "Erklärung", die unter Frauen als Klassikerin gilt, ähnlich wie "Das andere Geschlecht" von Simone de Beauvoir.

De Beauvoir schreibt: "Man sollte erwarten, daß durch die Revolution das Los der Frau sich gewandelt hätte...dergleichen war jedoch nicht der Fall." und "Olympe de Gouge schlug 1793 eine Declaration des droits de la Femme vor, die der Declaration des droits de l'homme entsprechen sollte,...trotz der Unterstützung, die Condorcet ihnen (den Frauen und ihren Schriften, A.T.) gab, scheiterten diese Versuche; Olympe starb auf dem Schafott."

5.1.1 Die feministische Aufklärung

Von heutigen Frauenforscherinnen wird die Hypothese aufgestellt, daß es vor und neben der Männer-Aufklärung auch eine feministische Aufklärung gab, die Literaturwissenschaftlerin Renate Baader entdeckte sogar eine Entwicklung von einer WEIBLICHEN zur MÄNNLICHEN Aufklärung.

Hannelore Schröder übernimmt auch dieses Ergebnis, wie sich an der Struktur ihrer Abhandlung zeigt.

Demzufolge forderte bereits 1626 M. de Jars de Gournay (1565-1645) fordert mit "Egalite des hommes et des femmes" die intellektuelle und moralische Gleichheit der Frauen und wendet sich gegen eine dualistische Anthropologie.

"Wenn Frauen weniger oft als Männer zu Höchstleistungen imstande sind, so hat das nichts mit Naturanlagen zu tun, sondern mit dem Mangel an Unterweisung für sie."

Poulain de la Barre veröffentlicht 1673 "The Woman as Good as the Man or the Equality of both Sexes" und "De l'Education des Dames". Von ihr stammt auch das berühmte Zitat: "Alles, was Männer über Frauen geschrieben haben, muß verdächtig sein, denn sie sind zugleich Richter und Partei."

Mme de Maintenous, 1751, Anne Therese Lambert, 1728, Abbe de Tiron, 1740 und Abbe Dinouart, 1749, diskutierten ebenfalls die Frage der Erziehung und Ausbildung von Mädchen und Frauen.

Als 1762 Jean Jacques Rousseau seinen nicht nur antifeministischen, sondern auch frauenfeindlichen "Emile" veröffentlicht, protestierte Mlle d'Espinassy Das andere Geschlechtergen.

1779 formulierte Riballier das Axiom "Naturrecht der Frauen auf Wissen" und weiter ist die vorherrschende Frage die der Erziehung, bis 1791 Olympe de Gouges ihre Declaration veröffentlicht.

Mit ihrem Tod 1793 ist dann die Phase der feministischen Aufklärung vorbei, auch wenn es, so Simone de Beauvoir, nach der Revolution zu einigen rechtlichen Verbesserungen (Abschaffung des Rechts der Erstgeburt, des Vorrangs der männlichen Erbfolge) kam. 1792 wird die Ehescheidung gesetzlich anerkannt.

5.1.2 Rousseau

Schröder stellt die Behauptung auf: die Gedanken der Philosophen über Frauen waren traditionell patriarchalisch bzw. dezidiert frauenfeindlich.

Als Beispiel nennt sie Rousseaus "Politische Ökonomie" von 1755.

Dort forderte er die Herrschaft der Hausväter über Frauen aufgrund des "Rechtes" des Stärkeren, sagt aber auch: Gewalt schafft kein Recht. Er teilt die Gesellschaft in zwei Teile: *Dominium/oikos* für die Frauen, *res publica/polis* für die Männer.

Frauen sollen nur im Haus tätig sein und auch da sind sie dem Mann unterstellt. Er entwirft zwar Theorien von Freiheit und Gleichheit, aber die gelten nicht für Frauen. Sie wurden nicht nach der Devise "Frauen kommen nicht vor" vergessen, sondern Rousseau war ausdrücklich das andere Geschlecht. "La pere doit commander dans la famille." Jedem Mann "eine Frau und ein Feld, die ihm gehören" (Emile, V. Buch). Die anderen dort aufgeführten Aussagen sind ebenfalls in diesem Sinne.

Diderot, der sich ab 1750 mit der Enzyklopädie beschäftigte, schreibt, Frauen seien extrem emotional, nicht vernunftgeleitet, ihre Irrationalität sei biologisch bedingt und determiniert. Leidenschaft, Instinkt, Aberglauben, primitive Emotionen hätten sie, sie seien schön und teuflisch. Es gäbe zwar Ausnahmen, aber die bestätigen nur seine Regel. Diderot will öffentlichen Unterricht nur für Knaben, denn sie sind Bürger und Verteidiger des Vaterlandes. Für Mädchen sieht er Kleider, Putz, Musik und Tanz vor. Er verwendet die pejorative Formulierung "Frau, das ist das Weibchen des Menschen."

Der Mann, "das ist ein fühlendes, nachdenkendes und denkendes Wesen, das sich frei auf der Erde bewegt und das an der Spitze der Tiere steht." Der Mann hat die Eigenschaften: Kraft und Macht, Majestät, Mut und Vernunft, die Frau Schönheit, Gefühl, Feinheit, Graziösität/Eleganz, und ist des "friedlichen Bürgermannes liebster Genuss".

Gegen alles dies protestiert Olympe de Gouges mit ihrer "Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin", und sie entwirft gleichzeitig auch Gegenforderungen, z.B. Menschenrechte für Frauen, Abschaffung der patriarchalen Ehe, Eigentumsrechte, Recht auf gleiche Teilhabe an der politischen Macht.

So erklärt sie in der Präambel der Deklaration, daß sie, die Frauen auch in die Nationalversammlung wollen, weil sie sich von den Männern nicht vertreten fühlen, weil sie, die Frauen der Nation, sich durchaus in der Lage sehen, ihre Interessen zu vertreten, und erklärt, daß die Diskriminierung der Frauen Ursache allen öffentlichen Übels sei.

5.1.3 Zusammenfassung

Olympe de Gouge war eine weitgehend ungebildete, wenn auch sehr mutige, Frau aus dem einfachen Volk, die um ihr Glück zu machen, Heimat und Familie verließ, sich autodidaktisch Kenntnisse aneignete, sich in Paris in die politische Debatte einmischte und in den Wirren nach der Revolution schliesslich den Unmut der neuen Obrigkeit auf sich zog.

Ihr nachgelassenes Werk ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam.

Zum einen zeigt sie auf, dass die großen Aufklärer ihrerseits nur für Freiheit und Gleichheit der Männer eintraten; en detail analysiert von Hannelore Schröder, die insbesondere Rousseau kritisiert.

Dem setzt de Gouge mit der Declaration einen eigenen Gesellschaftsvertrag entgegen, der erst zwei Jahrhunderte später wieder erinnert wurde.

Wesentlich daran ist, zweitens, die Infragestellung eines Systems, in dem Frauen von der Partizipation und Mitbestimmung im öffentlichen Leben ausgeschlossen waren. So zweifelt sie die Legitimität der Nationalversammlung an, die nur aus Männern besteht, und fordert die Beteiligung von Frauen an Wahlen und an Regierung und Gesetzgebung.

Mit ihrer eigenen Vita und der Bestrafung einer eigenen Meinung durch die Guillotine ist sie das erste (nachgewiesene) weibliche Opfer von politischer Verfolgung in der Neuzeit geworden.

Die soziale Frage hingegen thematisierte sie kaum; ihre Epoche war noch geprägt vom Kampf um bürgerliche Freiheitsrechte und gegen den Feudalismus, und so auch sie.

5.2 CLARA ZETKIN, GLEICHHEIT UND KLASSENKAMPF

5.2.1 Einleitung

"Die führende Rolle in dieser Entwicklung [...] sowie beim Aufbau der proletarischen Frauenbewegung der späten neunziger Jahre überhaupt, wurde zweifellos von Clara Zetkin gespielt", heißt es bei Richard E. Evans (S.96), "das Leben von Clara Zetkin spannt sich wie eine Brücke von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus - mit Friedrich Engels hat sie noch mehrere Jahre zusammengearbeitet - bis zu den Erbauern des ersten sozialistischen Staates unter Führung W.I.Lenins, mit dem sie eine herzliche Freundschaft verband", ist 1960 in einem Nachwort zu einem Buch aus dem VEB "Volk und Wissen" zu lesen und an wieder anderer Stelle wird sie die "weibliche Symbolfigur der Kommunisten" genannt (Schneider, Sie waren die ersten).

Welchen Blick frau auch immer auf Vita und Wirken von Clara Zetkin wirft, nicht nur ihr frauenpolitisches Engagement bedarf der Würdigung, auch ihre antimilitaristische Haltung muß erwähnt werden, umso mehr, als in der Sozialdemokratie (wieder mal) Militarisierung der Außenpolitik auf der Tagesordnung steht.

5.2.2 Biographisches

Clara Eissner kam am 5. Juli 1857 im sächsischen Wiederau als Tochter eines Dorfschullehrers zur Welt. Weil dies einer der wenigen Frauenberufe war, der ein wenigstens halbwegs erträgliches Auskommen ermöglichte, und dennoch über eine gewisse soziale Akzeptanz verfügte, besuchte Clara das Lehrerinnenseminar von Auguste Schmidt.

Zur selben Zeit lernte sie in Leipzig in einem Kreis russischer EmigrantInnen den aus Odessa stammenden Schriftsetzer Ossip Zetkin kennen, der bereits intensiv politisch aktiv war.

Ihm folgte sie 1883 auch nach Paris, wo die beiden angeblich heirateten. Richtig ist, daß Clara sich von da ab Zetkin nannte, und daß 1883 und 1885 in Paris die Söhne Maxim und Kostja geboren wurden. Als Ossip Zetkin schwer erkrankte und 1889 starb, stand die junge Frau als alleinerziehende Mutter mit Kleinkindern da. Ihre Familie hatte sich wegen ihrer Sympathie zur Sozialdemokratie von ihr gelöst, und angewiesen darauf, den Lebensunterhalt ihrer Familie verdienen zu können, übernahm Clara Zetkin 1891, gefördert auch von dem Verleger J.H.W. Dietz, die Redaktion der in Stuttgart erscheinenden Frauenzeitschrift "Die Gleichheit", was eine weitere Übersiedelung erforderlich machte.

Bis 1917 war Clara Zetkin Chefredakteurin der "Gleichheit", und immer wieder unterwegs als Parteiagitorin. Doch ab 1913 zeichneten sich zunehmend Konflikte ab. Gegen Lily Braun hatte sie sich um die Jahrhundertwende durchsetzen können, doch innerhalb der SPD fanden sich schnell neue Konkurrentinnen, Frauen, die bequemer und angepaßter waren - oder erschienen. Eine von ihnen, Luise Zietz, mit einem sehr pragmatischen frauenpolitischen Ansatz, machte Zetkin zuerst Schwierigkeiten und übernahm ihre Funktionen - und folgte ihr später auf den Weg in die USPD, was niemand so vermutet hätte.

5.2.3 Wirken in der Partei

Nachdem die SPD bereits 1891 mit dem Erfurter Programm nicht nur das aktive und passive Wahlrecht für alle "ohne Unterschied des Geschlechts" sowie "die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen", zu Forderungen erhoben hatte, blieb dennoch einiges zu tun.

1894 gelang es Zetkin, auf dem SPD-Parteitag durchzusetzen, daß die 1892 von Otilie Baader abgeschaffte Schutzklausel, daß die Frauen der örtlichen SPD das Recht hätten, eine Delegierte zu nationalen Parteikongressen aus ihren Reihen zu wählen, abgeschafft wurde, wieder eingesetzt wurde. "Theoretisch", so auch Ignaz Auer, "hörte sich's sehr schön an, als die Berlinerinnen die Streichung der früheren Bestimmung beantragten. Praktisch ist die Geschichte anders gekommen. Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Gelegenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne daß sie dabei von der Gnade der Männer abhängig sind." (Evans, S. 87) Clara Zetkin forderte den Parteitag auf, die Statuten erneut zu verändern, und der Kongreß stimmte ohne weiteres für ihren Antrag.

1896 konnte Clara Zetkin auf dem SPD-Parteitag weitergehende strukturelle und inhaltliche Forderungen zur "Frauenagitation" durchsetzen. Nach einem einleitenden Referat von ihr nahmen die Delegierten eine Resolution an, die eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung ablehnte und empfahl, unter den Frauen für folgende Ziele zu agitieren: Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und Achtstundentag; gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts; gleiche Bildung und freie Berufstätigkeit für beide Geschlechter, privatrechtliche Gleichstellung, um nur einige Punkte zu nennen (nach: Miller, S. 543). Zudem wurde Clara Zetkin auf diesem Parteitag in die Kontrollkommission gewählt.

Und als Clara Zetkin 1919 zur KPD übertrat, setzte sie ihren innerparteilichen Kampf für die Emanzipation der Frau dort fort und legte 1921 auf einer Konferenz Richtlinien vor, die die Qualität und Ausrichtung der Frauenpolitik strukturieren sollten. "Die Richtlinien gehen von der Feststellung aus, daß das Privateigentum die letzte Ursache der Geschlechtssklaverei und der Klassensklaverei ist und daß einzig und allein die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Umwandlung in Gesellschaftsbesitz, volle Frauenbefreiung sichert." (Zetkin, Proletarische Frauenbewegung, S. 164)

5.2.4 Frauenerwerbstätigkeit und Mutterrolle

Das in der Mehrheitssozialdemokratie verbreitete Frauen- und Familienbild ging weitgehend davon aus, daß innerhalb der Familie die Mutter, auch wenn sie lohnabhängig beschäftigt war, die wesentliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder und die Hausarbeit zu übernehmen hatte. Faktisch kam es also zu einer Doppel- und Dreifachbelastung der Proletarierinnen (vgl. Richebächer, Miller, Evans).

Allerdings, so argumentierte Engels, ohne näher auf die Vervielfachung der Anforderungen an die Frauen einzugehen, böte die Erwerbstätigkeit den Frauen die Chance, "dem letzten Rest der Männerherrschaft in

der Proletarierwohnung" den Boden zu entziehen. Von vollständiger Gleichberechtigung könne aber erst gesprochen werden, wenn auch die juristische Gleichstellung der Frauen erreicht sei.

Clara Zetkin schloss sich dieser Argumentation weitgehend an, obwohl ihr bisweilen vorgeworfen wurde, aus der Mutterschaft eine mystische Angelegenheit gemacht zu haben, dies wird vor allem in einigen in der "Gleichheit" erschienenen Artikeln deutlich. Sie betonte aber auch immer wieder, daß die Mutterrolle keine angeborene natürliche Eigenschaft der Frau sei. "Den Beruf der Mutter feiert man als den höchsten und schwierigsten aller Berufe. Aber reif und würdig für die Erfüllung dieses Berufs soll jedes Gäschen sein..." (Badia, S. 77)

Und für die Erziehung der Kinder sah sie eine Mischung aus privater und öffentlicher Verantwortung vor: "So hoch wir das mütterliche Wirken einschätzen, so unentbehrlich, ja so vertiefungsbedürftig uns der erzieherische Einfluß des Heimes dünkt: wir sagen nein! Die Erziehung des Kindes muß das harmonisch zusammengestimmte Werk von Heim und gesellschaftlichen Einrichtungen, von Mutter und Vater sein." (Zetkin, Duncker, Borchardt, Die Erziehung, S. 19)

Die Frauenerwerbstätigkeit wurde von den meisten männlichen Sozialdemokraten eher als notwendiges Übel gesehen, um Familieneinkommen zu sichern, selten aber als Recht der Frauen auf Erwerb akzeptiert. Im Gegenteil, und dies ist auch durch Zitate belegbar, wurden Frauen verschiedentlich als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begriffen und galt es als "Errungenschaft", wenn man es sich leisten konnte, die Familie zu ernähren, ohne auf zusätzlichen Verdienst von Frau (und Kindern) angewiesen zu sein (vgl. Miller).

Clara Zetkin hat sich jedoch zu diesen Fragen mehr als eindeutig verhalten. Ihr zentralstes Anliegen war die Auseinandersetzung mit der Frauenerwerbstätigkeit, die sie nicht nur theoretisch einforderte, sondern auch selbst praktisch lebte.

Doch war Zetkin sich auch den schon erwähnten Vorbehalten gegen die Frauenarbeit bewußt. Vorurteile, daß Frauen die Männerlöhne drückten, ihnen Konkurrenz machten, was zur Arbeitslosigkeit führen könnte und zu Hause die Familie vernachlässigten, entkräftigte sie mit den Worten: "Aus diesem Grunde sich der industriellen Frauenarbeit widersetzen, die Frau ans Haus zurückfesseln wollen, das heißt geradeso thöricht und vergeblich handeln, wie jene englischen Arbeiter, welche die Konkurrenz der Maschine durch Zerstörung von Maschinerie und Fabriken für immer zu beseitigen gedachten." (ebenda, S. 142)

Und die Erwerbstätigkeit der Frauen war schließlich auch der Ausgangspunkt für ihre Forderungen nach Gleichstellung im öffentlichen und rechtlichen Bereich. Entgegen den Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung, die die Emanzipation aus liberal-individualistischen Vorstellungen ableiteten, argumentierte Zetkin: "Die Frau, die sich gesellschaftlich-produktiv dem Manne ebenbürtig erweist, die sich ökonomisch ganz auf eigene Füße stellen kann, muß auch politisch und rechtlich demselben gleichgestellt werden" (ebenda, S. 143)

Clara Zetkin behielt, im Gegensatz zu vielen anderen, ihre antimilitaristische Position auch bei, als der 1. Weltkrieg bereits begonnen hatte. Dies führte schließlich mehr und mehr dazu, daß sie innerhalb der SPD isoliert und von bisherigen Funktionen entfernt wurde, bis sie letztendlich selbst die entsprechenden Konsequenzen zog und der von ihrer Freundin Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und anderen im April 1917 gegründeten USPD beitrug.

5.2.5 Aktualität für uns heute

Bereits von zeitgenössischen Feministinnen war Clara Zetkin's Strategie kritisiert worden. Anita Augspurg schreibt beispielsweise: "Wenn Clara Zetkin von den Männern einer zur Herrschaft gekommenen

Sozialdemokratie erwartet, daß sie die politischen Rechte, auf welche die Frauen heute freiwillig verzichten, freiwillig auf die Frauen ausdehnen, dann hat sie, die doch soviel auf die Lehren der Geschichte gibt, aus ihnen wenig gelernt... In bedeutend kürzerer Zeit werden die Frauen, die solidarisch die Frauen anstemmen, die politischen Rechte für sich erkämpft haben, und daß sie alsdann für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt wirken werden, dürfte sich als sicherer bewahrheiten, als die umgekehrte Rechnung Clara Zetkins." (Augsburg, nach Evans, S. 151)

Diese Debatte, welcher Schritt notwendigerweise der erste sein müsse, oder ob sich beide Ziele nebeneinander verfolgen ließen, hat die feministisch-sozialistische Diskussion in den letzten hundert Jahren entscheidend geprägt und mehr als nur einmal (z.B. in der StudentInnenbewegung) für erhebliche Konflikte gesorgt.

Ein zweiter diskussionswürdiger Punkt bleibt das Verhältnis von Zetkin zu Braun und Zietz. Mit Rosa Luxemburg befreundet, die sich aber nicht im geringsten für Frauenpolitik einsetzte, war Clara Zetkin überkreuz mit denjenigen, die, mehr oder weniger, für Gleichstellung eintraten. Lily Braun zog sich zurück, Luise Zietz übernahm schließlich Zetkins Funktionen - um ihrerseits aus der SPD verdrängt zu werden, als sie sich gegen die militaristische Ausrichtung der Partei wandte, um dann von Marie Juchacz ersetzt zu werden.

5.3 ALEXANDRA KOLLONTAI - DIE ERSTE MINISTERIN

"Welche Arbeit ich auch weiter führen werde, so ist es mir vollkommen klar, daß das Ziel der vollkommenen Befreiung der arbeitenden Frau und die Schaffung der Grundlage zu einer neuen sexuellen Moral immer das höchste Ziel meines Wirkens, meines Lebens bleiben wird."¹²

Als Kollontai diese Zeilen 1926 als Schlußbemerkung an ihre autobiographischen Aufzeichnungen anfügte, war zumindest schon klar, daß sie in der Tat vor einer Umorientierung stand. Mit ihrem Konzept der "Arbeiteropposition" hatte sie sich innerparteilich nicht durchsetzen können, die Folge war weitgehende Isolierung und Enthebung aus diversen Funktionen, u.a. verlor sie 1922 ihr Amt als Leiterin der Frauenabteilung "Shetnodel", das sie von Inessa Armand 1920 übernommen hatte. (Die Abteilung wurde 1929 wegen innerparteilicher Differenzen aufgelöst).

Dennoch schaffte sie es bis 1940, als sie, wahrscheinlich aus gesundheitlichen Gründen, ihre aktive politische Laufbahn beendete, noch eine beachtliche diplomatische Karriere zu verfolgen - außerhalb der Sowjetunion.

Während dieser Auslandsaufenthalte verfaßte sie auch mehrere Kurzgeschichten, die weniger wegen ihrer literarischen Qualität, diese ist bis heute umstritten, als vielmehr wegen ihrer programmatischen Aussagen zur sexuellen Freiheit der Frau vielbeachtet wurden.

In "Die Liebe der drei Generationen"¹³ zeichnet Kollontai durch Darstellung der Biographien von Großmutter, Mutter und Tochter die Entwicklung hin zu einem rationalen, entromantisierten, aber selbstbestimmten Sexualleben für die Frau nach. Konflikte bleiben dabei natürlich nicht aus, Genia, die Tochter und Enkelin, sieht das ganz deutlich: "Es empört Mutter, daß ich keinen von ihnen liebe. Sie sagt, es ist unnormal und unsittlich, sich in meinem Alter ohne Liebe hinzugeben." Und: "Ich weiß nicht, was Sie Liebe nennen. Aber was ich für ihn fühle, ist meiner Meinung nach bestimmt nicht Liebe." Dennoch existiert das Phänomen Liebe weiterhin und ist auch genauestens definiert: "Wenn man liebt, will man

¹² "Ich habe viele Leben gelebt", S. 67

¹³ veröffentlicht in "Wege der Liebe"

immer beisammen sein, man will dem, den man liebt, alles geben, man denkt an ihn, man sorgt sich um ihn..." Nur sind Liebe und Triebe nicht immer miteinander zu vereinbaren: "Wenn man mir aber den Vorschlag machte, immer mit Andrei zusammenzusein, würde ich bestens danken."¹⁴

Kollontai hatte bereits früher die "Glas-Wasser-Theorie" formuliert, mit der sie Frauen aufforderte, Sexualität "wie ein Glas Wasser zu konsumieren", ebenso umstandslos und unverbindlich wie unromantisch. Diese rationale Herangehensweise wurde ihr vielfach vorgeworfen, auch von Lenin, der, so berichtet Clara Zetkin, dereinst entnervt aufstöhnte und äußerte: "Die Glas-Wasser-Theorie hat einen Teil unserer Jugend toll gemacht, ganz toll. Sie ist vielen jungen Burschen und Mädchen zum Verhängnis geworden...Nun gewiß! Durst will befriedigt sein. Aber wird sich der normale Mensch unter normalen Bedingungen in den Straßenkot legen und aus einer Pfütze trinken? Oder auch nur aus einem Glas, dessen Rand fettig von vielen Lippen ist?"¹⁵

Ungeachtet dieser patriarchalischen Kritik von höchster Stelle wurden die Vorstellungen von Kollontai aufgegriffen und heftigst diskutiert. Es kam, so wurde dies von Louise E. Luke, beobachtet, bis Mitte der dreißiger Jahre zu einem regelrechten Boom, die Rolle der "neuen Frau im Sozialismus" zu definieren.

Die ist nun nach Kollontais Vorstellungen ledig, denn als eigenständig Erwerbstätige ist sie nicht auf die Versorgung durch einen Ehegatten angewiesen; ihre Erwerbstätigkeit wird möglich, da es ein flächendeckendes Netz der Kinderbetreuung gibt; die Männer kommen ihren väterlichen Pflichten dadurch nach, daß sie einen Beitrag in eine staatlich kontrollierte Vaterschaftskasse einbezahlen, der an Frauen mit Kindern weitergegeben wird. Die "neue Frau" hat ausreichend Zeit zur politischen Aktivität, wenn sie diese nicht gar hauptberuflich betreibt.

Damit brach Alexandra Kollontai zwar nicht mit dem traditionellen Rollenverständnis, daß die Frau als Mutter für Kindererziehung zuständig ist, erschütterte ihre Genossen und Genossinnen aber dennoch zutiefst, weil sie die Institution der Ehe mehr als deutlich in Frage stellte und auch die Notwendigkeit romantischer Gefühle als Voraussetzung für sexuelle Beziehungen leugnete - zum einen hatte sie beobachtet, daß die Frau "aus Liebe" bereit sei, sich versklaven zu lassen, zum anderen war sie, nicht zu Unrecht, der Auffassung, daß sexuelle Bedürfnisse auch völlig unabhängig jeglicher Gefühlsduselei ausgelebt werden sollten. Dies gelte, entgegen patriarchalen Vorstellungen, auch für Frauen.

Nun stand die monogame Ehe durchaus im Kreuzfeuer sozialistischer Kritik: von Engels über Bebel und Zetkin bis hin zu Lenin wurde sie als Ort der Ausbeutung der Frau erkannt. Doch Ziel sollte nicht sein, darum die Ehe vollkommen abzuschaffen, sondern die Rahmenbedingungen, sprich: die Produktionsverhältnisse, zu verändern, die diese patriarchale Unterdrückung begünstigten.

Daß diese Veränderung zum Positiven in der Beziehungsform "Ehe" überhaupt möglich sei, bezweifelte Kollontai ganz offen; sie sah zunächst nicht die Möglichkeit einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau, auch wenn sie diese schlußendlich als Ziel einforderte.

Während ihrer Zeit als erste (Sozial)-Ministerin der Welt hatte Alexandra Kollontai zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen durchsetzen können, die vor allem Frauen zugute kamen, hier sei nur die Mutterschutzgesetzgebung von 1917 erwähnt, die Schwangerschaftsurlaub bei voller Bezahlung und Arbeitsplatzgarantie regelte. Das russische Modell, teils Horrorvision, teils Zukunftshoffnung für europäische Beobachterinnen, überdauerte nicht lange.

¹⁴ hier: S. 36

¹⁵ siehe das Nachwort zu "Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung", S. 262

Als Alexandra Kollontai 1952 starb, waren viele der von ihr eingeführten Maßnahmen längst wieder abgeschafft.

"Jede gut eingerichtete Kinderkrippe bedeutet mehr als zwanzig Agitationsreden", hatte sie einst gesagt *16. Heute stehen in den Staaten der ehemaligen SU für 55% der Kinder kein Krippen- oder Kindergartenplatz mehr zur Verfügung, obwohl beide Eltern arbeiten. Diese Lücke füllen meist Frauen - die Großmütter. Und die Aussage, der Haushalt sei zum Sterben verurteilt, weil "die Arbeiterin nur noch selten Gurken für den Winter einmachen oder andere Besorgungen erledigen wird", *17 hat sich auch nicht erfüllt. Wie bei uns. Leider.

5.4 SIMONE DE BEAUVOIR -SIE KAM UND BLIEB

"Die Lage der Frau wird nur um den Preis einer Umwälzung der gesamten Produktion wirklich zu ändern sein."

1949

Frankreich hat anders als Deutschland eine knapp 50 Jahre ältere Tradition des Kampfes für Frauenrechte (dennoch wurde das Frauenwahlrecht erst 1945 eingeführt). Dies begann zunächst mit massiv vorgetragenen Forderungen nach Frauenbildung während der Französischen Revolution. Condorcet war wie Olympe de Gouge oder wie viele namenlose Revolutionärinnen Vorreiter, bekämpft von "Biologisten" wie Rousseau, der im "Emile" die Frau als minderwertiges Wesen beschreibt. Diese Debatte führte so weit, daß sogar eine feministische Aufklärung beobachtet wurde (vgl. Schröder).

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund sind die Werke und Forderungen von Simone de Beauvoir zu sehen; einbezogen werden muß logischerweise auch die Entstehung des französischen Existenzialismus' - dies macht ein weites Feld auf.

5.4.1 Biographisches

SdB wurde am 9.1.1908 in Paris geboren; sie war, und so betitelte sie später auch den ersten Teil ihrer Autobiographie, "eine Tochter aus gutem Hause" und wuchs ausgesprochen behütet auf. Erst als die finanzielle Situation der Familie, die der französischen Bourgeoisie zuzurechnen war, sich verschlechterte, eröffnete sich für Simones Zukunft eine andere Perspektive - "Heiraten, meine Kleinen, werdet ihr freilich nicht. Ihr habt keine Mitgift, da heißt es arbeiten." (Memoiren, S. 100) äußerte sich ihr Vater.

Auf das Thema "Unterdrückung der Frau" stieß sie fast nebenbei und doch nicht zufällig; nach drei Jahren systematischer Arbeit veröffentlichte sie 1949 "Das andere Geschlecht".

1953 übernahm Simone auch "offiziell" marxistische Positionen; doch fanden sich zuvor schon Äußerungen und Texte, die deutlich machen, daß dies keine plötzliche Erkenntnis war.

Seit 1970 stand Simone der Frauenbewegung zur Verfügung, 1971 unterstützte sie die Aktion "J'ai avorté", redigierte mit einer kleinen Frauengruppe die Frauenseite in den "Temps Modernes", die Rubrik hieß "sexisme ordinaire", der alltägliche Sexismus. Auf dem Boden einer materialistischen Analyse stehend, lehnte sie jeglichen Glauben an eine "Natur der Frau" strikt ab. Sie warnte immer wieder vor der Falle der Ehe und Mutterschaft.

¹⁶ "Liebe steht nicht...", S.117

¹⁷ ebenda

Als 1974 in Frankreich die Liga für Frauenrechte gegründet wurde, wurde Simone die Präsidentin.

Vor fünfzehn Jahren, am 14.4.86, starb Simone im Alter von 78 Jahren in Paris. Kurz vor ihrem Tod hatte sie noch der Sozialistischen Partei Wahlkampfunterstützung zugesagt, doch dazu kam es nicht mehr.

5.4.2 Das andere Geschlecht

Nachdem Simone de Beauvoir zunächst längere Zeit, von 1936 bis zu ihrer Entlassung 1943, als Lehrerin gearbeitet hatte, schrieb sie zunächst einige kürzere Romane und begann schließlich die umfangreichen Recherchen für ihr Hauptwerk, "Das andere Geschlecht", das 1949 erstmals erschien, aber erst in den sechziger Jahren breitere Beachtung fand.

Der Essay, eine populärwissenschaftliche Untersuchung, schließt an die philosophischen Anschauungen des Existenzialismus an. "Unsere Perspektive ist die der existenzialistischen Ethik." (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 21)

Diese existenzialistische Ethik läßt sich auch oder vor allem auf die Situation der unterdrückten Frauen anwenden: "'Das Drama der Frau besteht in dem Konflikt, zwischen dem fundamentalen Anspruch jedes Subjekts, das sich immer als das Wesentliche setzt, und den Anforderungen einer Situation, die sie als unwesentlich konstituiert.'" (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 21)

Durch Untersuchungen in den Bereichen Biologie, Psychoanalyse und Psychiatrie stellt Simone de Beauvoir fest, die Frau ist immer als das "Andere" bestimmt wird, während der Mann sich als absolut und als Subjekt setzt, die Frau nur als Ergänzung und Objekt.

Sie beschreibt als Beleg sehr umfassend Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen und stellt auch internationale Vergleiche an.

"Aber nicht die Natur", behauptet Simone de Beauvoir, "hat die Frau zu dieser Unselbständigkeit verdammt. Die Frau als das 'schlechthin Andere' ist ein Produkt der Zivilisation im weitesten Sinne - ihr Los ist ihr vom Manne zudiktirt worden."

In "DAS ANDERE GESCHLECHT" analysierte Simone erstmals die gesellschaftliche Bedingtheit des Individuums frauenspezifisch: "Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es ... Die Gesamtheit der Zivilisation bestimmt dieses Zwischenprodukt, das man "Weib" nennt." (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 246)

Und weil diese Prägung, die durch die kapitalistische patriarchalische Gesellschaft herbeigeführt wird, erst in der sozialistischen Gesellschaft beseitigt werden kann, die allen unentfremdete adäquate Arbeit ermöglicht, glaubt Beauvoir zu dieser Zeit noch, daß sich die Frauenfrage im Sozialismus automatisch löst.

Biologistisch argumentierende feministische Gruppen, die dem Wesen der Frau besondere Eigenschaften zusprechen, lehnt sie schon damals radikal ab.

"Alles, was Männer über die Frauen geschrieben haben, muß verdächtig sein, denn sie sind zugleich Richter und Partei." lautet das einleitende Zitat von Poulain de la Barre (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 7), das die gegenwärtige Situation beschreibt, die aber aufgebrochen werden muß, denn schließlich sind die Frauen keine Minderheit, sondern die Hälfte der Menschheit.

Es hat nicht immer Proletarier gegeben, aber immer Frauen, diese waren immer dem Mann untergeordnet. (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 12)

Dies alles sind grundlegende Fragen, die Simone de Beauvoir in ihrem 700 Seiten starken Werk zu klären bemüht ist. "Uns interessieren Möglichkeiten des Individuums, aber nicht in Begriffen des Glücks, sondern in Begriffen der Freiheit!" (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 21)

Dabei spielen Fragen, wie sich "weibliche Wirklichkeit" konstituiert, warum die Frau als "das andere" definiert ist und welche Folgen sich aus der Haltung der Frauen ergeben, eine zentrale Rolle.

"Eine ganze Kaste stellt Ansprüche, geht zum Angriff über und wird von der privilegierten Kaste in Schach gehalten. Es sind zwei Transzendenzen, die aufeinanderprallen. Statt sich gegenseitig anzuerkennen, will jede Freiheit die andere beherrschen." (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 669)

5.4.3 Perspektiven für "das andere Geschlecht"

"Eine Welt, in der Mann und Frau gleich sind, kann man sich leicht vorstellen, denn es ist genau die Welt, welche die sowjetische Revolution versprochen hatte: Die Frauen würden wie die Männer erzogen und geformt, sie arbeiteten unter den gleichen Bedingungen und um den gleichen Lohn." (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 675)

Weitere wichtige Elemente dieser neuen Gesellschaft sollen nach dB's Vorstellung sein die Ehe auf freier Vereinbarung, "freie" Mutterschaft, d.h. Geburtenkontrolle und Abtreibung sind straffrei, der Schwangerschaftsurlaub vom Staat bezahlt und schließlich müsse es kollektive Kinderbetreuung geben. Darüberhinaus seien Gesetze, Institutionen, Sitten, Meinungen und das gesamte Sozialgefüge zu ändern (nach DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 675).

"Wenn wir eine Gesellschaft annähmen, in der die Gleichheit der Geschlechter konkret verwirklicht würde, könnte sich diese Gleichheit von neuem in jedem Individuum bejahen." (DAS ANDERE GESCHLECHT, S. 676)

5.4.4 Weiter-Entwicklung

Im Zuge der aufkommenden Studierendenbewegung gewann Simone de Beauvoir vor allem Anschluß an die sich formierende französische Frauenbewegung. "Ende 1970 haben einige Mitglieder der Women's Lib-Bewegung mit mir Kontakt aufgenommen. Sie wollten mit mir über den neuen Gesetzentwurf zur Frage der Abtreibung sprechen, der in Kürze der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Sie hielten ihn für viel zu zahn und wollten gern eine Kampagne zugunsten der Abtreibungsfreiheit einleiten. Um die Öffentlichkeit zu beeindrucken, schlugen sie vor, Frauen, bekannte und unbekannt, sollten erklären, daß sie persönlich abgetrieben hätten. Die Idee schien mir gut. Ich hatte - 20 Jahre zuvor in 'le deuxième sexe' - gegen das Verbot der Abtreibung protestiert; so schien es ganz normal, daß ich das sogenannte Manifest der 343 unterzeichnete, das im Frühjahr 1971 im Nouvel Observateur veröffentlicht wurde." (AIA)

SdB kam jetzt zunehmend auch in Kontakt mit Frauenrechtlerinnen anderer Länder - mit Kate Millett oder Betty Friedan beispielsweise oder mit Alice Schwarzer, die durch Interviews auch die Revision von SdB's Positionen hin zum Feminismus dokumentiert hat.

"Ich erinnere mich, daß ich am Ende des "Anderen Geschlechts" sagte, ich sei Anti-Feministin, denn ich dachte, daß die Probleme der Frauen sich in einer Entwicklung zum Sozialismus von selbst lösen würden. - Feministen sind Frauen - oder auch sogar Männer -, die (vielleicht in Verbindung mit dem Klassenkampf, aber doch außerhalb) für die Frauen kämpfen ohne die erstrebte Veränderung unbedingt von der Gesamtgesellschaft abhängig zu machen.

In diesem Sinne bin ich heute Feministin. Denn ich habe eingesehen, daß der Kampf auf der politischen Ebene nicht so schnell zum Ziel führt.

Wir müssen also für die konkrete Situation der Frau kämpfen, bevor der erträumte Sozialismus kommt.

Außerdem habe ich eingesehen, daß selbst in den sozialistischen Ländern die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht eingetreten ist." (Schwarzer, 1986, S. 29)

Dabei vertrat SdB nach wie vor noch marxistische Positionen, doch sie maß inzwischen dem Kampf für Frauenrechte eine andere, weitaus stärkere Bedeutung zu. Außerdem war sie der Meinung, daß "Frauen ihre Probleme in die eigenen Hände nehmen müssen" (Schwarzer, 1986, S. 37).

5.4.5 Was bleibt?

Durch ihre Eingebundenheit in verschiedene Zirkel, Bewegungen und Diskussionszusammenhänge gelang es Simone de Beauvoir eine Betrachtung der Situation der Frauen aus einer marxistischen Sichtweise heraus - damit hat sie einen erheblichen Beitrag für die Debatte "Kein Sozialismus ohne Feminismus" geleistet. Sie war auch so konsequent, ihre bisherige Einschätzung, der Sozialismus werde die Frauenfrage automatisch lösen, zu revidieren, als sie Jahrzehnte später zu der Bewertung kam, daß die Durchsetzung der Frauengleichstellung besonderer Strategien bedarf - in diesem Sinne wollte sie schließlich auch als Feministin verstanden werden.

Und mit der Erkenntnis "Die Frau wird nicht als Mädchen geboren, sie wird dazu gemacht" (DAS ANDERE GESCHLECHT, S.265) erteilte sie auch all jenen deutlich eine Absage, die Frauen "typisch weibliche" und Männern "typisch männliche" Eigenschaften und Fähigkeiten zuschreiben wollen, ohne die Auswirkungen geschlechtsspezifischer Sozialisation zu berücksichtigen. Damit sind ihre Werke auch als Argumentationshilfe gegen den neuerdings wieder stark aufgekommenen Differenzansatz und gegen den "dekonstruktivistischen Postfeminismus", wie ihn beispielsweise Judith Butler vertritt, also für die sog. feministische Debatte von heute, aktuell.

6 Zwischenbilanz

Alle vier der hier mit Vita und Werk vorgestellten Theoretikerinnen hatten zu ihrer Zeit einen wesentlichen Aspekt der Benachteiligung der Frauen aufgegriffen, analysiert und einen entsprechenden Gegenentwurf vorgestellt; de Gouge beschäftigte sich vor allem mit der politischen Partizipation, aber auch mit der Rolle der Frau in der Familie, Kollontai mit Sexualität, Zetkin mit dem Thema Erwerbsarbeit und de Beauvoir mit der Entlarvung des Geschlechterverhältnisses und Sozialisation.

Parallelen und Querverbindungen sowie Bezugnahmen finden sich zahlreich.

Zumindest die drei jüngeren Autorinnen ordneten sich politisch eindeutig auf der Linken ein. Doch wie wurde die Geschlechterfrage in der - in den linken Parteien - herrschenden Meinung rezipiert?

7 Das Geschlechterverhältnis als "Nebenwiderspruch"¹⁸

Die Begriffe "Widerspruch" oder "Gegensatz" spielen in der marxistischen Theorie eine zentrale Rolle. So findet sich beispielsweise im Kommunistischen Manifest die Erklärung:

¹⁸ so erschienen in spw-Sonderheft vom April 1996, S. 20

"Alle bisherige Gesellschaft ... beruhte auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen...Die wesentliche Bedingung für die Herrschaft der Bourgeoisie ist die Anhäufung des Reichtums, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit."

Und da haben wir ihn auch schon: den Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Der ist innerhalb der marxistischen Linken unumstritten, aber über die Bewertung des Geschlechterverhältnisses Mann/Frau streiten sich die Theoretikerinnen noch heute; die betreffende Diskussion ist als Debatte um den Nebenwiderspruch bekannt geworden.

Friedrich Engels nun kann eindeutig so interpretiert werden, als habe er bereits 1884 in "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" erkannt, dass die Unterdrückung der Frau mehr sei als nur ein Nebenwiderspruch:

"Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche."¹⁹

Dies scheint viele Eindrücke, die wir bislang in marxistischen Diskursen oder in der Engels-Rezeption gewonnen haben, in Frage zu stellen.

Engels Gegenstrategie war:

"Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem gesellschaftlichen Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maße in Anspruch nimmt.

Dass die gesellschaftliche Realität anders aussieht, auch hundert Jahre später, will ich hier nur am Rande feststellen. Weder sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleichberechtigt noch haben Männer sich bereitgefunden, ihren Anteil an der Reproduktionsarbeit gleichberechtigt zu leisten.

August Bebel kam in seinem Buch "Die Frau und der Sozialismus" zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Engels. "Die Frau war das erste menschlichen Wesen in Ketten, die Frau war Sklavin, bevor die Sklaverei existierte."²⁰

Dennoch prägte die sozialistische Theorie die Überzeugung, die Lösung der sozialen und der sogenannten Frauenfrage falle zusammen, innerhalb von kapitalistischen Verhältnissen sei nur eine bedingte Gleichstellung von Frauen möglich.

Clara Zetkin formulierte noch 1919 als Zielsetzung für die kommunistischen Frauenbewegung:

"Die Richtlinien gehen von der Feststellung aus, dass das Privateigentum die letzte Ursache der Geschlechtssklaverei und der Klassensklaverei ist und dass einzig und allein die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Umwandlung in Gesellschaftsbesitz, volle Frauenbefreiung sichert. Die tiefe und weitreichende Umwälzung der Gesellschaftsordnung muss die Gemeinschaftstat der Besitzlosen und Wenig-Besitzenden ohne Unterschied des Geschlechts sein. ohne revolutionären Klassenkampf des Proletariats keine wirklich volle Frauenemanzipation, ohne Beteiligung der Frauen daran keine Zerschmetterung des Kapitalismus, keine sozialistische Neuschöpfung."

¹⁹ Engels, Die Entstehung..., S. 76

²⁰ Bebel, Die Frau..., S. 45

Zwar wurde die Unterdrückung der Frau wahrgenommen, doch die Ursachen dafür wurden in der Ungleichverteilung der Produktionsverhältnisse vermutet. Patriarchale Grundstrukturen, Machtverhältnisse und ihre umfassenden "Funktionsmechanismen" wurden nicht erkannt, darum nicht analysiert und blieben ausgeblendet.

Dies führte letztendlich dazu, dass die deutsche Sozialdemokratie sich "folgerichtig" immer nur am Rande mit der "Frauenfrage" beschäftigte.

Zentrale Punkte der Auseinandersetzung waren v.a. der Kampf gegen den §218 und die Forderung nach dem Frauenwahlrecht, aber insbesondere in der Epoche, als es noch eine sehr breite marxistische Strömung gab, spielte die Frage der Frauenerwerbstätigkeit kaum eine Rolle.

Im Gegenteil, es gab immer wieder Genossen, die Frauen zum einen als Konkurrenz für männliche Arbeiter sahen, zum anderen am traditionellen Frauenbild festhalten wollten. Diese Sichtweise wurde später von Werner Thönessen als "proletarischer Antifeminismus" bezeichnet.

7.1 INTEGRATION DER FRAUENFRAGE

Zur Integration der "Frauenfrage" in marxistische Theoriebildung kam es folglich erst, als auf einer breite(re)n Basis Einmischung von Frauen stattfand und feministische Erklärungen und Strategien unübersehbar geworden waren.

Simone de Beauvoir hat dazu 1949 mit "Das andere Geschlecht" einen wesentlichen Beitrag geliefert, doch blieb auch sie noch bis 1972 der Vorstellung verhaftet, die Frauenfrage würde sich im Sozialismus automatisch lösen.

Erst die Studentinnenbewegung "schaffte" es, ein für alle mal den Anspruch zu formulieren, dass die Analyse und Abschaffung patriarchaler Strukturen zentrales Anliegen linker, sozialistischer und marxistischer Politik sein müsse.

Auf dem SDS-Kongreß am 13. September 1968, der inzwischen als historischer Beginn der 2. deutschen Frauenbewegung betrachtet wird, entlud sich der lange angesammelte Zorn. Laut und deutlich, aber auch durch polemische Flugblätter, wurde die Ignoranz der Genossen angeprangert, Tomaten flogen gegen das männlich besetzte Präsidium, wo man noch versuchte, die Rebellion lächerlich zu machen und zu unterdrücken. Stellvertretend forderte Helke Sander: "Wir müssen hier einmal feststellen, dass an der Gesamtgesellschaft etwas mehr Frauen als Männer beteiligt sind, und finden es die höchste Zeit, dass wir die sich daraus ergebenden Ansprüche auch einmal anmelden und fordern, dass sie zukünftig eingeplant werden. Sollte dem SDS der Sprung nach vorn zu dieser Einsicht nicht gelingen, dann wären wir allerdings auf einen Machtkampf angewiesen, was wir lieber verhindern würden. Für uns wäre es Energieverschwendung. Denn wir werden diesen Machtkampf gewinnen, da wir historisch im Recht sind."

Marxistische Feministinnen/feministische Marxistinnen haben später in den verschiedensten linken Organisationen und Parteien für die Zusammenführung von Marxismus und Feminismus gekämpft, leider mussten sie auch immer wieder Rückschläge oder Unverständnis von Seiten der Genossen in Kauf nehmen, so dass einige von ihnen auch irgendwann auf den Irrweg des "esoterischen" Feminismus gerieten.

Aber "die autonome Frauenbewegung akzeptierte im Lauf der Zeit immer weniger die These, dass die Frauenfrage eine Nebenwiderspruch innerhalb des Hauptwiderspruchs von Arbeit und Kapital sein sollte. Neben und vor der Kapitalismuskritik analysierte sie die patriarchale Grundstruktur der menschlichen Gesellschaft, untersuchte die Politik, die auf dem Unterschied der Geschlechter aufgebaut ist und der

einen Hälfte der Menschheit die Aufgabe zuteilt, der anderen Hälfte untertan zu sein. Als Konsequenz aus solchen Überlegungen zieht die feministische Theorie den Schluss: wenn das so ist, wenn also alles, was Frauen tun dürfen oder tun können, abgeleitet ist aus dem, was die Männer ihnen mehr oder weniger großzügig zu tun erlauben, dann kann die Befreiung der Frauen aus solchen Zwängen nur eine Sache der Betroffenen selber sein. sie kann nicht irgendeiner anderen Sache, auch nicht dem Klassenkampf, untergeordnet werden.

Sich vom politischen Kampf der Männer zu trennen und die eigene Sache in die eigenen Hände zu nehmen, ist nun allerdings eine Art marxistischer Ursünde. Die Verbreitung feministischer Gedanken sei - so wurde die autonome Frauenbewegung von links kritisiert - eine besonders hinterlistige Finte des Kapitals, um die Frauen zu entpolitisieren..." 21

7.2 DISKUSSION UM EINE ANDERE BEWERTUNG DER ARBEIT/REPRODUKTIONSARBEIT

Privat zu leistende Hausarbeit hat sich verschiedenen Analysen zufolge erst im Kapitalismus entwickelt. In früheren, vorkapitalistischen Zeiten, war "in der Familie" immer auch produziert worden. Mit der Industrialisierung kam es zu einer Trennung in einen privaten Sektor, der vornehmlich für Reproduktion zuständig wurde und in einen produzierenden Sektor, wo Proletarier/innen, meist auch deutlich räumlich getrennt, lohnabhängiger Arbeit nachgingen.

Für sozialistische Theoretiker war immer vorrangig der Bereich "öffentlichen" Produktionsarbeit interessant.

Marx formuliert zwar allgemein:

"Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie den Gebrauchswert."

Doch wird diese Definition nach herrschender Lehre nur auf die Produktionsarbeit bezogen.

Auf die Bewertung von Reproduktionsarbeit trifft demnach eher jenes Marx-Zitat zu: "Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eigenes (oder das von anderen) Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware."

Damit wird ein Großteil von tatsächlich geleisteter gesellschaftlich notwendiger Arbeit ausgeklammert und vor allen Dingen: abqualifiziert.

Dies hat seine Ursache sicherlich darin, dass Reproduktionsarbeit aufgrund der geschlechtsspezifischen Rollenzuweisung hauptsächlich Frauen-Arbeit ist und "versteckt" privat unsichtbar abläuft; nichtsdestotrotz ist sie notwendige "Basis" der produktiven Arbeit, und übrigens keine zu vernachlässigende Größe: einer Studie zufolge umfasst der finanzielle Gegenwert der jährlich in der Bundesrepublik geleisteten Reproduktionsarbeit 654 Millionen DM²².

Ursula Beer vertritt in "Geschlecht, Struktur, Geschichte" die Auffassung "...dass die Familie in einer funktionalen Abhängigkeit vom Lohnarbeitsverhältnis existiert, ist gewiss richtig...(Aber) Frauen, Männer, Kinder führen im Marxschen Erklärungsmodell lediglich eine Existenz als Lohnarbeitskraft, faktisch und

²¹ FrauenBilderLeseBuch, Berlin, 1985, S. 167

²² Barbara Stiegler, "Das 654-Millionen-Mark-Paket", FES

potentiell. Die Geschlechtszugehörigkeit... ist in ihm von untergeordneter Bedeutung. Wird diese Sichtweise in den familialen Bereich fortgeschrieben, dann besagt diese Analyse nicht mehr und nicht weniger, dass Lohnarbeitskräfte wiederum Lohnarbeitskräfte zeugen, empfangen und gebären, dass menschliche Subjektconstitution ausschliesslich eine solche von Lohnarbeitskraft ist."

8 Zusammenführung der Gegenentwürfe

Als Diskussionsgrundlage für das weitere strategische Um- und Vorgehen scheint mir sehr geeignet die Analyse und Gegenstrategie von Juliet Mitchell (*The longest revolution*), weil diese auch am besten in Verbindung zu bringen ist mit programmatischen Forderungen für den politischen Alltag.

Die Bereiche Produktion, Reproduktion, Sexualität und Sozialisation müssen Mitchell's Auffassung zufolge immer im Zusammenhang gesehen, diskutiert und verändert werden, denn "Die Befreiung der Frauen kann nur erreicht werden, wenn alle vier Strukturen, in die sie integriert sind, umgebaut werden. Eine Änderung von nur einer von ihnen würde sonst durch die Verstärkung der jeweils anderen aufgefangen werden, so dass es lediglich zu einer Veränderung der Form der Ausbeutung käme": 23

Auf Basis der Analyse, dass die aktuell vorherrschende kapitalistische Wirtschaftsweise Männern und Frauen gleichermaßen keine Selbstbestimmung und freie Entfaltung ermöglicht, geschweige denn gleichstellungsfördernd wirkt, muss es nicht nur zu einer Überwindung der kapitalistischen, sondern auch der patriarchalen Strukturen kommen.

Dabei, so die Erfahrung, die innerhalb der Frauenbewegung immer wieder gemacht werden musste, reicht es jedoch nicht zu hoffen, dass sich Frauenfrage ohne politischen Druck gewissermaßen im Schlaf lösen liesse.

8.1 DIE AKTEURINNEN

Denn Grundproblem bei der Überwindung patriarchaler Strukturen ist auch die Tatsache, dass es "die Frau" nicht gibt.

Dabei lassen sich zwar zwischen Einzelschicksalen Parallelen ziehen und vor allem aus der generellen Benachteiligungssituation auch Gemeinsamkeiten ableiten, doch keine gesellschaftlich benachteiligte Gruppe ist so unorganisiert und heterogen wie die der Frauen.

Dies hat sich sowohl in der ersten wie in der zweiten deutschen Frauenbewegung stets als Hemmnis bei der Mobilisierung herausgestellt.

Aktuelle Analysen über den Stand, den Erfolg und die Perspektiven der Frauenbewegung 30 Jahre nach dem Tomatenwurf beim SDS sind, gleich aus welcher Feder sie stammen, ernüchtend,

Auch die Erfolge oder Eingriffsmöglichkeiten der institutionalisierten Frauenförderung auf kommunaler wie landes- oder bundesgesetzlicher Ebene gehen zurück. Dies hat seine Ursache nicht nur darin, dass ohne grundsätzliche Feminisierung oder Frauenorientierung des Erwerbsbereiches eine Verbesserung der Lebenssituation von Frauen nicht zu erreichen sein wird; in einer Zeit, in der mühsam erkämpfte ArbeitnehmerInnenrechte in die Defensive geraten sind, scheint nicht der ideale Zeitpunkt zu sein, zusätzliche Rechte für eine sowieso benachteiligte "Gruppe" zu erkämpfen, auch wenn sie über die Hälfte der Bevölkerung stellen.

²³ Juliet Mitchell, "Frauen - die längste Revolution", Frankfurt, 1987;

Der zweite Grund für die Defensive, in der sich die Frauenbewegung gegenwärtig befindet, ist, wie Benard und Schlawer²⁴ festgestellt haben, dass den "Männern", die es so auch nicht als heterogene Gruppe gibt, gelungen sei, aus ihrer nach wie vor existenten Vormachtstellung heraus intelligente Abwehrmechanismen gegen politische und ökonomische Begehrlichkeiten der "Frauen" zu entwickeln.

Damit zeige sich das Patriarchat - wie der Kapitalismus- als reformfähiger, als einstmals vermutet worden war.

Ohne die Unterstützung einer gesellschaftlich relevanten Organisation, Institution oder Partei, die bereit ist, den als wesentlich erkannten Interessen und Forderungen der Frauen einen entsprechenden, gar dominierenden, Stellenwert einzuräumen, wird sich daran auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Deswegen sind sämtliche ernstgemeinten Initiativen und Kampagnen, die auf Bewußtseinsänderung abzielen, prinzipiell zu begrüßen, denn ohne die Einsicht, dass die Diskriminierung der Frauen nach wie vor existent ist und gemeinsam Das andere Geschlechteen und für die Gleichstellung von Frauen und Männern gekämpft werden muss, wird es nicht gehen. Nachdem diese Einsicht noch nicht in allen Köpfen angekommen ist, muss weiterhin Überzeugungsarbeit geleistet werden - diese darf sich jedoch nicht nur an Männer richten, sondern muss auch darauf zielen, Frauen zu überzeugen, für ihre eigenen Rechte einzutreten und vor allem davon, dass es wichtig ist, diesen Kampf organisiert zu führen.

Bei der Überwindung gesellschaftlicher Strukturen sind individualistische Protestversuche nicht nur verschwendete Energie, sondern zum Scheitern verurteilt.

Politischer Druck zur Veränderung der Situation muss entwickelt werden, um eine/n Träger/in zu finden, die letztendlich geeignet ist, auf staatliches Handeln Einfluss zu nehmen - möglichst ohne den Fehler der Vergangenheit zu machen, sich allzufrüh zufrieden zu geben oder sich auf die staatlichen Institutionen zu verlassen.

8.2 KONKRETE TAGESPOLITIK

Die Forderungen im einzelnen haben sich in den letzten dreißig Jahren kaum geändert.

Dreh- und Angelpunkt bleibt der gleichberechtigte Zugang zur bezahlten Erwerbsarbeit. Daraus leiten sich im einzelnen Forderungen ab wie die

Schaffung von qualifizierten, zukunftssicheren Arbeitsplätzen für Frauen, wobei besondere Schwerpunkte auf die technischen Einsatzfelder und die Anwendung und Gestaltung neuer Technologien zu legen sind.

Zentrales Instrument für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bleibt die verbindliche, ergebnisorientierte 50%-Quote für Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Um diese Quote auch in Bereichen, die für Frauen bisher noch nicht „attraktiv“ gemacht wurden, durchzuhalten, müssen verstärkte Anstrengungen und „Werbung“ sowie eine Verbesserung der Situation am Arbeitsplatz (Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung, betriebliche Frauenförderpläne, Betriebskindergärten, geteilter Elternurlaub, etc.) in Angriff genommen werden.

Erforderlich scheint auch ein verbindlich zu teilender Elternurlaub (mit entsprechenden Regelungen für Alleinerziehende), die volle arbeitsrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit,

Wiedereingliederungsprogramme nach der Familienphase oder längerer Arbeitslosigkeit.

²⁴ Cheryl Benard, Edit Schlawer, "Viel erlebt und nichts begriffen - Die Männer und die Frauenbewegung", Reinbek, 1985

Notwendig ist vor allem aber eine konsequent eingeforderte und umgesetzte Vergesellschaftung von reproduktiven Tätigkeiten, wo immer das möglich ist.

Zudem ist eine soziale Grundsicherung notwendig, um die bestehende und entstandene Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben zumindest im Alter auszugleichen.

Dabei muß vor allem das öffentliche Angebot an sozialen Diensten verbessert werden, wie z.B. die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen. Zudem muß der krasse Fehlbestand an Betreuungsplätzen, insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung, abgebaut werden.

Außerdem ist für die paritätische Beteiligung beider Geschlechter an der Reproduktionsarbeit die kollektive Verkürzung der Arbeitszeiten eine der zentralen Voraussetzungen. Aber auch die verstärkte Beteiligung von Männern an reproduktiven Arbeiten ist einzufordern. Ansatzpunkt dafür ist eine andere Erziehung, die klarmacht, daß Frauen nicht „von Natur aus“ zuständig sind.

9 Bilanz im Verhältnis zur Preisfrage

"... dass in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Mass der allgemeinen Emanzipation ist", war der Ausgangspunkt der vorangestellten Ausführungen.

Dass die weibliche wie die allgemeine Emanzipation bislang nicht erreicht sind, scheint einfach zu konstatieren. Auch die Anforderungen, welche ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in einer neuen, anderen Gesellschaft gegeben sein müssen, sind rasch formuliert.

Doch eine umsetzbare Strategie zu erarbeiten, mit deren Hilfe die als notwendig erkannten Änderungen auch umgesetzt werden können, ist Aufgabe eines gesellschaftlichen Diskurses, in Folge dessen die Machtfrage zugunsten der lohnabhängig Beschäftigten und der Frauen gestellt wird.

Dazu bedarf es einer möglichst homogenen gesellschaftlichen Bewegung, die einerseits in ihren Forderungen weit genug geht, dass substantielle Veränderungen möglich werden, andererseits stark genug ist, um sie auch durchzusetzen.

Mehr denn je ist seit der vergangenen Bundestagswahl die Parteien-, Gewerkschafts- und Verbändelandschaft der Bundesrepublik diffus, und selbst im linken Lager sind die Einschätzungen, wer und ob wer die sinnvolle Alternative ist, höchst ausdifferenziert - auch dies begründet die Notwendigkeit, einen Diskurs - mit feministischen Schwerpunkt - über strategische und taktische Überlegungen zu führen.

Dabei muss die Frage um die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann eine ebenso zentrale Rolle einnehmen wie die, dass Freiheit nur erreicht werden kann, wenn es möglich ist, Freiheit für Frauen und Männer gemeinsam durchzusetzen.

"Ich will die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierungen und Ausgrenzungen.

Ich will eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben, das Recht auf humane Erwerbsarbeit haben, alle Formen der Arbeit als gleichwertig behandelt werden und in der Frauen und Männer nach eigener Wahl in allen Bereichen der Gesellschaft wirken können."

Bin ich, sind wir unbescheiden?

10 Literatur

- "Chronik der Frauen", Dortmund, 1992;
- "Das Weiberlexikon", Köln, 1995;
- "FrauenBilderLeseBuch", elefantpress, Berlin, 1977;
- "Marxismus/Feminismus", abgedruckt in: BISS, Magazin der Jusos Hamburg, Nr. 28;
- "Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands", Frankfurt/Main, 1984;
- Annelies Laschitzka, "Im Lebensrausch, trotz alledem", Berlin, 2000;
- Badia Gilbert, "Clara Zetkin; Eine neue Biographie", Berlin, 1994;
- Bair Deidre, "Simone de Beauvoir", London, 1990;
- Bebel August, "Die Frau und der Sozialismus", zahlreiche Auflagen;
- Beer Ursula, "Geschlecht, Struktur, Geschichte", Frankfurt/Main, 1990;
- Bram van Stolk, Cas Wonters, "Frauen im Zwiespalt, Beziehungsprobleme im Wohlfahrtsstaat", Ffm, 1987;
- Brinkler-Gabler Gisela (Hg.), "Frauenarbeit und Beruf", Frankfurt /Main, 1979;
- de Beauvoir Simone, "Das andere Geschlecht", "Das Blut der anderen", "Der Lauf der Dinge", "Alles in allem", "Eine gebrochene Frau", "In den besten Jahren", "Memoiren einer Tochter aus gutem Hause", "Sie kam und blieb", u.a.;
- Die Grünen im Bundestag, "Weder Waffenrock noch Schwesternkleid", Bonn, 1988;
- Elzbieta Ettinger, "Rosa Luxemburg, ein Leben", Elzbieta Ettinger, Dietz, 1990;
- Engels Friedrich, "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", Berlin, 1977;
- Evans Mary, "Simone de Beauvoir - Ein feministischer Mandarin", Rheda-Wiedenbrück, 1986;
- Evans Richard J., "Comrades and sisters - Feminism, Socialism and Pacifism in Europe 1870-1945", Sussex, N.Y., 1987;
- Evans Richard J., "Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich", Berlin, Bonn, 1979;
- Fallaize Elizabeth, "The novels of Simone Beauvoir", London, N.Y., 1990;
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), "Sind Kinder Privatsache?" und "Wo stehen wir in der Frauenpolitik?";
- Geiges Adrian/Tatjana Suworowa, "Liebe steht nicht auf dem Plan - Sexualität in der SU heute", Frankfurt/M., 1989
- Hansen Karen V., "Women, class and feminist imagination A socialist-feminist Reader", Philadelphia, 1990;
- Hattinger Forum, "Rosa Luxemburg im Widerstreit", Marburg, 1990;
- Helga Habicht-van der Waerden, "Frauen zwischen den Fronten - Friedensarbeit zu Beginn des Jahrhunderts", Leipzig, 1999;
- Hering Sabine, "Die Kriegsgewinnlerinnen", Pfaffenweiler, 1990;

Horn, Schwan, Weingartner Hg.), Berlin/N.Y., 1978: hier: Miller Susanne, "Frauenfrage und Sexismus in der deutschen Sozialdemokratie";

Ilse Lenz, Ute Luig, "Frauenmacht ohne Herrschaft", Ffm, 1995;

Keddi, Pfeil, Wittmann (Hg.), "Lebensthemen junger Frauen", 1999;

Kollontai Alexandra, "Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin", "Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung", "Ich habe viele Leben gelebt", "Wege der Liebe", u.a.;

Linda Wilken, "Einmischung erlaubt?- Kommunale Frauenbüros in der Bundesrepublik", Hamburg 1992;

Martina Naujocks, "Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung", Hamburg, 1986;

Ossip K. Flechtheim, "Rosa Luxemburg zur Einführung", Edition SOAK im Junius-Verlag, 1986;

Räther Gabriele, "Alexandra Kollontai zur Einführung", Hamburg, 1986;

Richebächer Sabine, "Uns fehlt nur eine Kleinigkeit - Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890 - 1914", Frankfurt/Main, 1982;

Schneider Dieter (Hg.), "Sie waren die ersten", Frankfurt/Main, 1988;

Schröder Hannelore, (Hg.), "Die Frau ist frei geboren", Quellentexte mit Kommentar, München 1979;

Schubert Renate, "Ökonomische Diskriminierung von Frauen - eine volkswirtschaftliche Verschwendung", Ffm, 1993;

Stolz-Willig, Veil (Hg.) "...es rettet uns kein höh'eres Wesen - Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft", vsa, Hamburg, 1999;